Der Blick über die Grenze

Die Gefahren, die dem strahlenden Atommüll im Zwischenlager in Würenlingen und in den Schweizer Atomkraftwerken innewohnen, betreffen nicht nur die Schweiz. Ein Austreten von Radioaktivität in die Umwelt hätte Auswirkungen auf ganz Mitteleuropa und auf das Rheintal bis nach Holland:

• Zur Beurteilung der Sicherheit/Risiken von Zwischen- und Endlagern ist der Blick über die Grenzen zwingend notwendig.

Gefahren für die Schweiz gehen auch von Zwischenlagern und Atomkraftwerken aus europäischen Ländern aus. Bezüglich Wasser liegen wir günstig (obstrom). Verstrahlungen aus Tschernobyl haben aber gezeigt, dass sowohl Unfälle als auch die zahlreichen Lagerstätten von Atommüll (zivile und militärische) ein Risiko für die Schweiz darstellen. In keinem Land von Mitteleuropa ist die Entsorgung/Endlagerung gelöst:

• Die Schweiz muss ihre Anstrengungen zu einer europäischen Zusammenarbeit in Sachen Atommüll sehr stark intensivieren.

In Mitteleuropa gibt es auch Gruppierungen, die die Produktion und die Endlagerung von Atommüll kritisch begleiten. Bisher haben bei politischen Entscheiden die wirtschaftlichen Interessen über die Gefahren obsiegt. Das kann sich mit jedem neuen Unfall ändern. Der informative Blick über die Grenzen lohnt sich. Wir beschränken uns aus verständlichen Gründen auf Hinweise in deutscher Sprache (Link):

 Atommüll Schweiz 2018 - NAGRA & "grenznahes" Risiko: Kritische Infos zu den atomaren Endlagerplänen am Hochrhein (http://www.bund-rvso.de/atommuell-benken.html)

Dass das Bundesamt für Energie BFE und die Nagra ein paar Vertreter von Gemeinden in die Regionalkonferenz Jura-Ost (Bözberg) berufen hat, hilft der Sache wenig. Es ist eher komisch, wenn die Schweiz in Sachen Schweizer Atommüll Geschäftsstellen im nahen Ausland bezahlt und gleichwertig behandelt wie die ansässige Bevölkerung rund um den Bözberg (http://www.dkst.info/home.html). Das zeigt letztlich nur: Beide haben zu grundsätzlichen Fragen nichts zu sagen: Mitwirken können sie schon, bewirken können sie nichts. Das persönliche Schweigen der Vertreter wird finanziell abgegolten:

- Der Einbezug von ein paar Deutschen Gemeinden und Vertretern in die Regionalkonferenz Jura-Ost (Bözberg) genügt der Notwendigkeit für den Einbezug Mitteleuropas in Sachen Atommüll nicht.
- Die finanziellen Beiträge und die Schweigepflicht für ausgewählte Personen be- und verhindern eine öffentliche Mitwirkung, die den Namen verdient.